

Die "Raibacher Zeitung" erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Aufstellung ins Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmonde-Spalte Zeile oder den Raum derselben, ist für 1 malige Einschaltung 6 kr., für 2 malige 8 kr., für 3 malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Saibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Der Staatsminister hat den Ministerial-Konzepts-Adjunkten Dr. Hermenegild Zirek zum Ministerialkonzipisten, und den Auskultanten Lukas Ritter von Führich zum Ministerial-Konzepts-Adjunkten im Staatsministerium ernannt.

Der Staatsminister hat den Kupferstecher Johann Zitek zum Lehrer des Freihandzeichnens an der k. k. Ober-Realschule in Görlz ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Raibach, 27. Jänner.

Das Vorgehen der deutschen Großmächte in der deutsch-dänischen Angelegenheit wird die Einmischung des Auslandes provociren, und was eigentlich durch die Instandnahme Schleswigs gegen den Willen des Bundes verhütet werden soll, der allgemeine Krieg, er wird dadurch gerade hervorgerufen; bereits haben Frankreich und England einen Kompromißvorschlag gemacht. Das war kurz der Inhalt des Leaders der "Presse" von gestern. Heute schreibt sie: "Nicht von französischer und nicht von englischer Seite ist der Kompromißvorschlag, der dänischen Regierung eine sechswochentliche Frist zur Ausführung der in der Sommation vom 16. Jänner gestellten Forderungen zu gestatten, gestellt worden, sondern von Seiten der dänischen Regierung selbst in einer nach Wien und Berlin gerichteten Note, welche gestern hier überreicht wurde.

Allerdings hatte der Vertreter Englands den Auftrag, den Vorschlag warm zu befürworten, was übrigens auch von Seiten des Herzogs von Gramont geschehen sein soll. Unter Hervorhebung der absoluten Unmöglichkeit, der Sommation in der Form, wie sie gestellt worden, zu entsprechen, erklärt sich die dänische Regierung durch das Organ des Herrn v. Quaade gleichwohl bereit zu dem Versuche, auf der Basis der Sommation mit den deutschen Großmächten sich zu verstündigen: allerdings könnte ein solcher Versuch aber nur auf legalem und verfassungsmäßigem Wege geschehen, wozu es der Einberufung des Reichsrathes und zunächst der Ausschreibung der Wahlen bedürfe, also eine Frist von sechs Wochen, vom 1. Februar an gerechnet, nothwendig sei. Auf vertraulichem Wege wurde zugleich auf die günstigen Chancen, den Reichsrath (dessen erste Kammer zu einem Dritttheil aus vom Könige ernannten Mitgliedern und aus 45 Schleswigern — bei 205 Repräsentanten — bestehen soll, welch letztere, falls sie erscheinen, unbedingt alle gegen das Grundgesetz stimmen würden) für einen Kompromiß zu gewinnen, hingewiesen, sowie angedeutet, daß die Regierung bereit sei, die einer Aufhebung gleichkommende Revision des November-Grundgesetzes, welches im früheren Reichsrathe bekanntlich nur eine Majorität von drei Stimmen erlangte, als Kabinetsfrage zu behandeln. Der Vorschlag ist, wie wir vernehmen, sofort abgelehnt worden und wird die Erlassung des Ultimatums nach vollendetem Aufmarsch an der Eider nicht aufhalten."

Der "Kölner Ztg." wird aus London geschrieben: Österreich habe hier das Versprechen abgegeben, daß es nur aus dem Grunde in Schleswig einzrücken werde, um einen Konflikt zwischen Deutschland und Dänemark zu verhindern. Lord Russell sei ersucht worden, dem dänischen Kabinete diesen Standpunkt der österreichischen Politik klar zu machen. — Es liegt auf der Hand, bemerkt die "G. C." dazu, daß diese Mitteilung nicht richtig sein kann. Die Motive, welche Österreich und Preußen dazu bewogen haben, zur Instandnahme Schleswigs zu schreiben, sind klar und bestimmt genug aufgestellt worden,

um dem englischen Kabinet kein Geheimniß zu sein. Die nach Kopenhagen gerichtete Sommation vom 16. drückt sich ganz unzweideutig aus, einer weiteren Aufklärung über den Standpunkt der beiden deutschen Großmächte bedurfte das dänische Kabinet nicht.

Die Stimmung der Regierungen in den Mittelstaaten hat einen bedeutenden Umschlag erlitten. In Baiern, wo die Bureau's der Kriegsabteilung in voller Thätigkeit waren, hat man die Mobilmachung eingestellt. Man behauptet auch, die beiden Großmächte hätten unter der Hand die Mittelstaaten über ihre Allianz beruhigt. Das von Bismarck in der preußischen Kammer mitgetheilte Rundschreiben, welches als Gegenstück der französischen Note betrachtet wird, hat auf die sächsische Regierung sehr viel Eindruck gemacht, nur in Karlsruhe herrscht das alte Misstrauen. In der Bevölkerung hat die Agitation ebensfalls abgenommen. Dies gilt besonders von Süddeutschland, doch behauptet die liberale Partei in Preußen, es laufe Alles darauf hinaus, die Herzogthümer den Dänen auszuliefern.

### Die Resolution im Finanzausschuß.

Nachdem die Abstimmung über die Zehn-Millionen-Auleihe in der Abendstzung vom 25. d. M. erfolgt war, wurde die Debatte über die Resolution eröffnet. Sie lautet bekanntlich:

"Das Haus der Abgeordneten vermag den Verlauf der Kaiserl. Regierung in Bezug auf die Okkupation Schleswig als einen den wahren Interessen Österreichs entsprechenden und den allgemeinen Frieden sichernden nicht anzuerkennen, und fühlt sich daher zu dem Ausprache verpflichtet, daß es jede Verantwortung für die Folgen dieses Schrittes von sich ablehne."

Baron Tinti spricht sich gegen die Erlassung einer Resolution aus; er findet, daß die Regierung in dem Falle nicht anders handeln könnte, als sie in Bezug auf Schleswig gehandelt hat. Es gab bloß zwei Wege: entweder mit den Mittelstaaten zu gehen und in einen Krieg hineinzugerahen, oder selbstständig die Initiative zu ergreifen, welche den Frieden sichert. Wenn das Haus die Resolution annimme, so würde damit ausgesprochen, daß die Expedition rückgängig gemacht werden solle; die Truppen müßten zurücktreten werden. Ist dies möglich? Nach dem Rechte aller Verfassungsstaaten habe der Monarch das Recht über Krieg und Frieden. Wenn nun das Abgeordnetenhaus die Resolution faßt, so werde dieses Recht der Krone verlegt.

Abg. Kaisersfeld spricht zuerst über das Verhältniß zu den Mittelstaaten. Gegen die Bemerkungen des Baron Tinti führt er aus, daß die Krone allerdings das Recht über Krieg und Frieden habe, daß aber in Verfassungsstaaten die Parlamente auch ihrerseits ein Recht haben, welches in der Bewilligung der Fonds zum Ausdruck kommt. Die Resolution gebe jedenfalls der Regierung die Warnung, auf dem Wege einzuhalten, den sie betreten habe. In Österreich sowohl als in Deutschland sehe man in dieser Frage auf den Auspruch des Abgeordnetenhauses. Die Resolution ist daher ein Gebot der parlamentarischen Ehre.

Graf Rechberg: In England sei öftmals Krieg begonnen worden, wozu das Parlament erst später die Mittel bewilligte.

Schindler: Wenn aber ein englisches Ministerium in der Lage war, Geld zum Kriege zu brauchen, und das Parlament spricht sich gegen diesen aus, was thut das Ministerium? (Rufe: Es tritt ab.)

Graf Rechberg: Pitt hat neun Jahre Krieg geführt gegen den Willen des Parlaments. (Rufe: Nicht Jedermann ist Pitt!)

Graf Hartig (gegen die Resolution): Man müsse zwischen dem deutschen Nationalgefühl und dem Langwiesen.

österreichischen unterscheiden. Jenes sei in dieser Frage in höherm Grade aufgeregt; die Interessen laufen nicht immer zusammen. In Schleswig kann Deutschland nichts ausrichten, weil es nicht zum deutschen Bunde gehört; aber Österreich und Preußen können dort die Verträge zur Geltung bringen, die sie von Dänemark in Händen haben, und hiebei sei Österreich mit seiner Ehre engagirt. Welchen Eindruck werde die Resolution in Deutschland machen? Sie wird nur die Exaltation vermehren, und wenn dieser zum Theil auch sehr edle Motive zu Grunde liegen, so seien doch auch unedle mit im Spiel und der Republikanismus sehe seine Hoffnungen auf diese Bewegung.

Staatsminister v. Schmerling spricht zuerst gegen eine Stelle des Ausschusserichtes, in welcher es heißt: "Nach den in der Vorberathung erhaltenen Mittheilungen der Regierung soll jedoch nunmehr der für die Aufstellung und den Ausmarsch der österreichischen Truppen zur Bundesexekution begehrte Kredit zur Ausführung ihrer in Verbindung mit Preußen vorzunehmenden Operationen im Herzogthume Schleswig verwendet werden." Diese Stelle müsse auf einem Irrthum beruhen. Die Regierung habe in der Sektion mit keinem Worte eine solche Aeußerung gethan; sie habe die verlangte Summe von 10 Millionen nur behufs der bundesmäßigen Exekution gefordert und es werde die bewilligte Summe auch ausschließlich zu diesem Zwecke verwendet. Für die Expedition nach Schleswig sei bis zur Stunde noch keine Forderung an das Haus gestellt worden. Was die Resolution betrifft, so sehe er ihren Zweck nicht ein; sie gebe der Regierung gar keinen Anhaltspunkt für die einzuschlagende Politik.

Abg. Skene spricht für die Resolution. Die Mittelstaaten seien nicht so kriegslustig, als man hier ausschreibe; übrigens erkläre man ja, daß man gegen Dänemark Krieg führen wolle, und Krieg sei Krieg.

Abg. Herbst (als Antragsteller für die Resolution): Er spreche aus dem Volksbewußtsein des österreichischen Gesühls; aber wenn man sich überzeugen will, daß der politische Schritt, den Graf Rechberg gethan, gegen das österreichische Interesse sei, so brauche man nur die preußischen Kammerverhandlungen zu lesen. Nicht nur was Bismarck von den deutschen Kleinstaaten spricht, sondern auch andere Kammerreden, die Österreich als den Erfeind Deutschlands schildern und einen Krieg zur Vergrößerung Preußens als eine Wohlthat schildern, liefern den Beweis biesfür. Wenn der Staatsminister v. Schmerling die Resolution tadeln, weil sie keinen Anhaltspunkt liefern, so ist das bloß ein Ladel der Mäßigung, welche sich der Ausschuss auferlegt!

Baron Ingram spricht gleichfalls für die Resolution. (Rufe: Schluß der Debatte! — Derselbe wird angenommen.)

Graf Rechberg wendet sich zuerst nochmals gegen eine Ausführung des Abg. Kuranda in der vorigen Sitzung. Die kaiserliche Regierung habe nicht warten können, bis über den darmstädtischen Antrag am Bunde entschieden wurde. Derselbe hätte, wenn er angenommen worden wäre, Österreich in einen Krieg verwickelt. Es hätte sich der Mitwirkung nicht enthalten können, wenn der Krieg einmal entbrannt wäre, und doch konnte es auch nicht die Hände in den Schoß legen und sich der Aktion enthalten; es mußte in eine solche eintreten. Welche Resultate es damit erlangen wolle, könne die Regierung jetzt noch nicht sagen; es sei in staatlichen Angelegenheiten, wie in einem Civilprozesse. Das wäre ein schlechter Advokat, der gleich im Beginne sagen würde, welchen Ausgleich er annehmen werde. Es verdiente keinen Ladel, daß Österreich mit Preußen gehe (Rufe: Mit Bismarck!), er appelliere an die geschichtlichen Errungen, Österreich und Preußen sind auf einander

(Rufe: Siehe italienischen Krieg!) Wenn

die beiden Mächte mit einander gehen, so wird sich das Ausland hüten, dem deutschen Koloss entgegenzutreten. Die Resolutionen werden einen doppelten Eindruck im Auslande machen. In Deutschland wird dadurch die kriegslustige Partei noch mehr aufgestachelt werden, während Dänemark durch dieselbe zu hartnäckigerem Widerstande sich ermutigt sehen würde.

**Justizminister Hein:** Das Haus, welches in der Resolution erklärt, daß es die Verantwortlichkeit für den Schritt ablehne, nehme doch eine Verantwortlichkeit auf sich, indem es die Dänen zum Widerstand aufmuntere.

**Berichterstatter Dr. Giska** spricht in einer sehr ausführlichen Rede für die Resolution. Er leugne nicht, daß er dieselbe als gegen die Politik, welche der Minister des Auswärtigen verfolgt, gerichtet betrachte, und darum halte er sie für eine Notwendigkeit. Und weil man von Advokaten gesprochen, so müsse er erklären: das sei ein schlechter Advokat, der Partei für den Gegner ergreift; einem solchen müsse man die Bestallung entziehen; er sei nicht geeignet, das Amt zu vertreten, das ihm anvertraut worden. Auf Preußen übergehend, schildert der Redner die Haltung Bismarck's gegen die Verfassung und das Parlament. Kein anständiger Mensch könne mit Bismarck sympathisieren. Der Staatsminister habe jüngstens selbst Befürchtung dagegen eingelegt, daß er mit der Politik des preußischen Ministers einverstanden sei, und mehrere seiner Kollegen denken wie er. Wenn Andere anders denken, so sei dies zu beklagen, und die Resolution gebe hierfür den Ausdruck.

**Minister Hein:** Dem Redner ist wohl der Ausdruck, daß kein anständiger Mensch mit Preußen gehen könne, nur in der Hize entschlüpft. (Rufe: Mit Bismarck, wurde gesagt!)

**Graf Rechberg:** Er sei kein Advokat Dänemarks, aber auch kein Advokat des Prinzen von Augustenburg. Österreich wolle, daß nach dem Recht entschieden werde.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Es sind, abgesehen den Obmann Erzbischof Litwinowicz, 34 Ausschußmitglieder anwesend. Bei der Abstimmung erheben sich 18 Mitglieder für die Resolution. Dieselbe ist also angenommen. Die Minister entfernen sich; im Saale herrscht sichtliche Aufregung und nach einer kurzen Besprechung über die nächste Tagesordnung wird die Sitzung geschlossen. (O.-D.-P.)

## Oesterreich.

**Wien.** Ihre Majestät die Kaiserin haben den Verein zum h. Vincenz v. Paul mit der Gabe von 100 fl. allergräßigst zu belieben geruht.

**Wien,** 26. Jänner. Der k. dänische Gesandte, Herr Generalmajor Freiherr v. Bülow ist von seinem Posten in Wien abberufen worden und hat gestern Sr. Exzellenz dem Herrn Grafen v. Rechberg sein Abberufungsschreiben überreicht. Der königl. dänische Legationssekretär v. Ville verbleibt vorläufig in Wien zur Besorgung der laufenden Geschäfte. — Auch in Berlin verbleibt ein Legationssekretär. Der dort akkreditirt gewesene dänische Gesandte, Kammerherr v. Quaade, ist bekanntlich schon vor einigen Wochen zur interministrischen Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten nach Kopenhagen berufen worden.

**Wien,** 26. Jänner. Das Telegramm des "Fremdenblattes" aus Prag, wonach die Beförderung der nach Schleswig bestimmten k. k. Truppen eingesetzt worden sei, können wir als völlig unbegründet erklären.

**Graz,** 26. Jänner. Wie der "T. P." aus glaubwürdiger Quelle mitgetheilt wird, soll die hiesige k. k. Statthalterei beauftragt worden sein, in der nächsten Landtagssession den Entwurf für das Schul- und Kirchenpatronat, welcher bekanntlich in der letzten Landtagssession abgelehnt wurde, in unveränderter Form abermals als Regierungsvorlage einzubringen. Als Grund der Wiedervorlage dieser bereits abgelehnten Gesetzesentwürfe wird, wie wir erfahren, der Umstand geltend gemacht, daß von eis Landtagen sieben, somit die entschiedene Majorität der Landesvertretungen, den Entwurf der Regierung angenommen haben.

In **Venedig** war die Kälte in der zweiten Hälfte dieses Monates so stark, daß die Wasserverbindung zwischen Mestre und Murano gänzlich gesperrt war und man von Venedig aus auf dem Eis nach Mestre gehen konnte. Bei der Eisenbahn mußte jeden Morgen die Passage durch den Kanal mittelst Durchbrechen des Eises frei gemacht werden und die Not an Lebensmitteln begann bereits fühlbar zu werden. Die Lagunen waren mit festem Eis bedeckt, auf welchem Fußgeher sicherem Schrittes laufen konnten.

## Ausland.

Wie aus **Frankfurt** gemeldet wird, hat der vereinigte Ausschuß des Bundestags beantragt, statt der aus dem Verbande der Bundesstruppen entlassenen

österreichisch-preußischen Truppenheile der ersten und zweiten Reserve für das Exekutionskorps in Holstein eine gleich starke Reserve aus dem 7. (Bayern) und 8. (Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen) Bundesarmeeekorps aufzustellen.

Aus **Frankfurt**, 23. Jänner, berichtet die „Fr. Postzeitg.“: Heute, im Laufe des Tages, begab sich eine aus sieben Personen bestehende Abordnung (die Hh. Dr. Wiggers aus Rendsburg, Pastor Schröder, Landschreiber Fischer-Bençon, Landesbevollmächtigter Pfleg aus Dithmarschen, Kruse aus Kiel, Ropitzsch aus Altona und Wohlers aus Westerode) zum badischen Bundesstaatsgesandten Herrn v. Mohl, welcher dieselbe freundlich empfing und ihnen im Laufe der Unterredung eröffnete, daß Herr v. Kübeck schwerlich die Deputation zur Überreichung der Adresse empfangen werde. Bei hierauf im Bundespalais eingezogenen Erkundigungen wurde die Mittheilung, daß die Geschäftserledigung des Bundesstages dem Empfang der Deputation und Überreichung der Adresse hindernd im Wege stehe. — Herr v. Kübeck jedoch bereit sei, dieselbe durch einen Mandatar in Empfang zu nehmen. Hierauf wurde Herr Dr. Fester von hier mit der Uebergabe betraut. — Der Führer der Landesdeputation ist Herr Herzbrück; das Bureau besteht aus den Hh. Dr. Wiggers, Kruse, Brömser, Brodersen, Fischer-Bençon, Nitsche und Garshausen.

Aus **Berlin**, 22. d., wird geschrieben: „Die durch die Blätter gehende Notiz, daß Frankreich von den deutschen Großmächten eine Hinausschiebung jeder weiteren Aktion gegen Dänemark für 6 Wochen verlangt habe, beruht auf einer Unrichtigkeit. Weder Frankreich noch England haben aus eigener Initiative ein solches Verlangen gestellt, sondern es ist dasselbe von Kopenhagen aus gleichzeitig mit der Ablehnung der Sommation an die beiden deutschen Großmächte gerichtet worden. Die beiden Westmächte haben hier, wie in Wien, nur bezüglich dieser Forderung Maßnahmen ertheilt, welche einer Unterstützung derselben gleichkommen. Wie wir hören, ist dieses Verlangen eben Gegenstand der Berathung unseres Kabinetts, und scheint ein Eingehen auf dasselbe nicht zu erwarten.“

**Berlin**, 25. Jänner (Nachmittags.) Der Landtag wurde heute geschlossen. Ministerpräsident von Bismarck verliest folgende Thronrede: Das Abgeordnetenhaus hat einen Standpunkt festgehalten, der zur Auflösung des vorhergehenden Hauses führte, den Gesetzentwurf Art. 99 der Verfassung abgelehnt, den Etat vom Jahre 1863 nicht berathen, bei dem Etat des laufenden Jahres unentbehrliche Dispositionsfonds gestrichen, die Beschlüsse des früheren Hauses über den Militäretat erneuert, ohne vorher das Gesetz wegen Verpflichtung zum Kriegsdienste berathen zu haben. Deswegen hat das Herrenhaus den Etat vom Jahre 1864, wie er vom Abgeordnetenhouse berathen wurde, in Ausübung seines verfassungsmäßigen Rechtes verworfen. Dem Beschluss zur Freilassung der wegen hochverräterischer Unternehmungen verhafteten Abgeordneten gab die Regierung Folge, hält ihn aber nicht dem Ansehen der Rechtspflege und der Würde des Hauses entsprechend. Die zur Ausführung der Bundesexekution und zur Wahrung der Machistellung und Ehre Preußens in der weiteren Entwicklung des Streites erforderliche Anleihe, so wie die bundesmäßige Matrikularkumlage verweigerte das Haus, obwohl der König in seiner Antwort vom 27. December mit seinem Worte verbürgt hatte, die Geldmittel zum Schutz des Rechtes und der Ehre des Landes zu verwenden. Das Haus nahm ferner eine Resolution an, wodurch die Majorität im Falle einer kriegerischen Verwickelung im voraus gegen das preußische Vaterland Partei nimmt. Auf die Hoffnung einer Verständigung einstweilen verzichtend, hält die Regierung sich verpflichtet, für die Erhaltung des Staates einzustehen. Die Regierung rechnet auf die wachsende Unterstützung des Landes.

**Berlin.** In dem preußischen Abgeordnetenhouse hat es trotz dem Ernst der Dinge nicht an Heiterkeit gefehlt. Zur Militärorganisationsfrage läßt sich der Abg. Dr. Wantrup folgendermaßen vernehmen: „In einer der vorigen Sitzungen ist von der anderen Seite ausgesprochen worden: wir lieben die Armee! Dieser Ausdruck hat uns Vergnügen gemacht, und wenn wir auch nicht die Lieferung von Socken als vollgültigen Beweis betrachten, so acceptiren wir doch gern diese Liebe. Aber man kann die Armee auf verschiedene Weise lieben: der König liebt sie wie ein Vater den Sohn, das Volk wie ein Bruder den Bruder, wie die Schwestern den Bruder (Allgemeine Heiterkeit); man kann sie aber auch lieben wie der Verführer die Jungfrau (stürmisch mehrere Minuten anhaltende Heiterkeit).“ So wird sie von Denen geliebt, welche das Heer zu einem Parlamentsheere machen wollen!“

Darauf erwiedert nun der Abg. Stavenhagen, Herr Dr. Wantrup scheine mehr in der ars amandi bewandert als in der Militärfrage. (Große Heiterkeit.)

Auf Stavenhagen folgt Graf Wartensleben. Er bestiegt die Tribüne, während er sonst vom Platze

spricht, indem er bemerkt: So könne er seinen Gegnern besser ins Auge schauen, hinter sich habe er den gegnerischen Präsidenten, den Jupiter tonans mit dem Donnerkeil. — Als er sich bei diesen Worten besorgt umsieht, lächelt ihn Präsident Grabow freundlich an. (Große Heiterkeit.) Graf Wartensleben schließt eine längere Rede mit den Worten:

„Meine Herren, wir werden bald auseinander gehen, ich hoffe, Sie nicht wieder zu sehen!“

Wiederum große Heiterkeit!

— Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: Die österreichischen Truppen sind gestern bis auf ein Bataillon des Regiments „H.M. Baron Martini“, welches noch die Wache am Steintor besetzt hält, und eine Trainabtheilung von hier abmarschiert und von Altona auf der Eisenbahn weiterbefördert worden. Die österreichischen Truppen, welche hier während vier Wochen in Quartier lagen, haben sich durch ihre musterhafte Führung allgemeine Anerkennung erworben. Es ist nicht ein Fall zu registrieren, wo sie mit der hiesigen Bevölkerung in Konflikt gekommen sind.

In **Altona** ist es zu ärgerlichen Austritten gekommen. Am Weihnachtsabende war es nur mit Mühe den Anstrengungen der Turner u. s. w. gelungen, den verhafteten dänisch gestellten Prediger Nievert, der dem Könige Christian den Homagialeid geleistet hatte, gegen die aufgeregte Volksmenge zu schützen. Gegen Abend musste sogar der beliebte Altonaer Senator Vogler Herrn Nievert in einem Wagen nach Hamburg geleiten. Noch mehr regte Pastor Nievert die öffentliche Meinung auf, als er einige Tage später öffentlich in den Zeitungen erklärte, er werde, „wenn der Herzog von Augustenburg vom deutschen Vnde als legitimier Herrscher anerkannt und eingesetzt wäre, nicht anstreben, denselben zu huldigen und gehorsam zu sein, gemäß des Bibelspruches: „Seid unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.“ Trotzdem wurde Herr Nievert von den Bundeskommissären in seiner Eigenschaft als erster Geistlicher der Stadt Altona wieder eingesezt und die Verfügung getroffen, daß derselbe heute wieder die Predigt in der Hauptkirche halten sollte. Vergeblich wendeten sich das Centraleomite des Altonaer Schutzvereins und die Vertreter von 24 Korporationen der Stadt gegen diese Verfügung an die Bundeskommissäre. Die Bundeskommissäre wollten von ihrem Grundsatz, daß die Leistung des Homagialeides für König Christian und der Vorwurf der Unbeliebtheit kein genügender Grund zur Absetzung eines Beamten sei, auch in diesem Falle nicht abgeben. Selbst das ganz allgemein in Altona, Hamburg und der ganzen Umgegend seit mehreren Tagen verbreite Gerücht, daß es am Samstage bei der Predigt des Pastor Nievert zu einer Demonstration kommen werde, vermochte nicht einmal ein Vertagen der ersten geistlichen Amtshandlung des Pastor Nievert herbeizuführen. Am 24. d. M. früh war die Kirche vollständig in allen Räumen gefüllt. Sofort aber als Pastor Nievert die Kanzel bestieg, verließ die gesammte Gemeinde die Räume des Gotteshauses, so daß Pastor Nievert allein mit den beiden anwesenden Bundeskommissären in der Kirche verblieb. Auf dem freien Raum vor der Kirche kam es leider zu Ausschreitungen. Die Menge begnügte sich nicht damit, das Nationallied zu singen. Als Pastor Nievert die Kirche verließ, wurde gepfiffen und gezischt. Es kam sogar zu einem persönlichen Bedrängen desselben, so daß er es schließlich vorzog, sich unter dem Schutz einer Militär-Eskorte nach der hamburgischen Vorstadt St. Pauli zu begeben.

Die Regierung in **Turin** ist aufs Neueste bemüht, der Regierung in Caprera ein Dementi zu geben, und die Aktion Garibaldi's als den Plan eines Handstreiches unbefugter Gewalten darzustellen. Ein Erlass an alle Behörden soll allen Mächten zeigen, daß kein geheimes Einverständnis zwischen Viktor Emanuel und seinem General bestehe, wie zur Zeit Cavour's. Garibaldi läßt sich aber dadurch nicht stören, seine Unitarier-Partei zu bilden und zu consolidieren.

**Kopenhagen,** 23. Jänner. Über die Ziele Preußens und Österreichs wird der „Indépendance“ von hier geschrieben: „Hier glaubt man zu wissen, daß die beiden deutschen Großmächte in einem geheimen Vertrage sich geeinigt haben, von der Okkupation Schleswigs nicht anders abzufehen, als bis sie es erlangt, daß der südl. Theil jenes Herzogthums mit Holstein vereinigt und unter eine Personal-Union mit Dänemark gestellt, Rendsburg zur Bundesfestung erhoben und die sehr beträchtlichen Kosten der letzten Okkupation bezahlt werden. Die letzte Bedingung soll von Österreich und die wegen Rendsburgs von Preußen gestellt sein.“

**London,** 23. Jänner. „Times“ spricht über die deutsch-dänische Angelegenheit folgende bemerkenswerte Ansicht aus: „Holstein kann nicht mehr mit Dänemark vereinigt werden; ein Theil von Schleswig ist wahrscheinlich auch hin. Die skandinavische Partei in Dänemark wünscht die Vereinigung der drei nordischen Reiche, in welchem Falle es die Herzog-

thümer Deutschland überließe. Wir wären glücklich, wenn die Herzogthümer bei Dänemark bleiben könnten, aber die Ereignisse beweisen, daß wenigstens das Verbleiben Holsteins bei Dänemark die Stärke des Königreichs nicht vermehren würde. Jütland und die Inseln werden im Zusammenhang mit den Herzogthümern niemals die Macht haben, die Pflichten eines europäischen Staates zu erfüllen, und je eher das Gebiet der Herzogthümer mit Deutschland vereinigt wird, desto besser wird das für den europäischen Frieden sein."

## Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

**Laibach**, 28. Jänner.

Die Adresse an Se. Exzellenz den Grafen Anton Auer sperr ist gestern nach Wien abgesendet worden.

— Der bürgerliche Schützenverein bestand zu Anfang des Jahres 1864 aus 270 beständigen und 21 zeitlichen, mithin in Summa aus 300 Mitgliedern.

— In Neustadt ist am 24. d. M. der Knecht Franz Sarabecz des dortigen Hutmachers Andréa durch Kohlendampf erstickt. Er hatte aus der Werkstatt seines Dienstgebers einen Ofen in den Stall übertragen, wo er seine Schlafstelle hatte, und durch Heizen desselben seinen Tod selbst herbeigeführt.

— Am 24. d. M. brannte am Nikolaiberge bei Pangergerm in Unterkrain ein Weinkeller ab, wobei der 76jährige Besitzer M. Banić von Verh bei Dolsch durch eigene Fahrlässigkeit seinen Tod fand.

## Wiener Nachrichten.

**Wien**, 26. Jänner.

Zufolge allerh. Entschließung vom 11. d. M. wurde auch den Professoren der chirurgischen Lehramtsstellen die Begünstigung zu Theil, daß sie ebenso wie die Universitäts-Professoren schon nach einer dreißigjährigen, im Lehramte zugebrachten Dienstzeit mit dem vollen Aktivitätsgehalte in den Ruhestand versetzt werden können.

— Am 28. d. M. Vormittags 10 Uhr, findet eine Sitzung des Gesamtreichsrathes statt.

— Die gemischte Kommission beider Häuser des Reichsrathes hatte heute Nachmittag um 5 Uhr wieder eine Konferenz welche fast zwei Stunden in Ausspruch nahm, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Die Pairs willigten nicht in den Abstrich für das Erforderniß der kroatischen Hofkanzlei, und es konnte kein Kompromiß zu Stande kommen.

## Vermischte Nachrichten.

Ein Grazer Blatt erzählt folgendes „buchstäblich wahre“ Geschichtchen: Landesgerichtsrath F. L. besitzt ein kleines Haus in B., — in welchem „Königreiche oder Lande“ Österreich verschweigen wir. Ein Bewohner dieses Hauses stellte an ihn brieftlich die dringende Bitte um die Setzung eines neuen Ofens in seiner Wohnung, und drohte auszu ziehen, wenn seine Osenbitte unberücksichtigt bliebe. Der Brief wurde an das Landesgericht zu \*\*\* adressiert, doch da der Landesgerichtsrath F. L. eben auf einer Kommission in dem Orte Sadowa war, adressierte ein allzu bereitwilliger Beamter den Brief dahin. Auf der Post musste ein Beamter, dem schon viele irrgeschriebene Adressen vorgekommen sind, den Brief, und da er die Lebensregel Goethe's: „Willst immer in die Ferne schweifen, sich das Rechte liegt so nah!“ für einen Unsinn hält, sendete er den Unglücksbrief nach Padova. In Padua war man nicht wenig verblüfft über den Brief, dessen Eigentümer man nicht ermitteln konnte. Die Paduaner Postbeamten suchten auf der Landkarte herum und fanden an der russischen Grenze in Polen ein Sadowa. „Dahin, dahin läßt ihn ziehen.“ Und der Brief zog nach Polen. In Sadowa ist der Adressat nicht zu finden und da der Brief aus Italien, dem Heerde der Revolution, geflossen, witterte die Polizei eine ungeheure Verschwörung und schickte den armen Wanderer an das Kriegsministerium nach Wien, wo der vielgereiste Brief feierlich entseigelt und da man statt der Verschwörung darin nur einen Ofen gefunden hat, mit dem Siegel des Ministeriums zugeschaut und endlich an den richtigen Adressaten übermittelt wurde. Landesgerichtsrath F. L. biehlte sich nun, dem Wunsche seines Haushalters betreffs des Ofens nachzukommen, doch der liebe Inwobner war — indignirt über das lange Schweigen seines Hausherrn — längst ausgezogen.

— In der „Mil. Ztg.“ erzählt der „alte Soldat“ folgende Anekdote: Der alte Welden litt an periodischem Kopfschmerz, der oft bis zum Todesanfall ainderte, war unter diesem Eindruck eben nicht artig, und durfte ihm in dieser Stimmung Niemand in die

Nähe. Kaum in Osen zur Übernahme des Kommandos vom Fürsten Windischgrätz eingetroffen, folgte eine Hiobspost nach der anderen; da traf es sich zufällig, daß eine Staffette die Nachricht von dem Aufgeben eines Donauüberganges, der unter allen Umständen gehalten werden mußte, in dem Momente brachte, als der jüngst verstorbene FML Heller, damals Oberst im Generalstabe und bei Welden nicht beliebt, sich diesem vorstellte. „Vor ein Kriegsgericht und erschießen“, donnerte er dem Eintretenden zu. Verdutzt sah Heller den Oberkommandanten an — längere Pause — endlich wagte der Generaladjutant Graf H. den Franken Alten aufmerksam zu machen, daß Oberst Heller seine Befehle gewährte. „So, nun erschießen kann ich Sie nicht lassen, aber in drei Stunden verlassen Sie mein Hauptquartier.“ Eine Entschuldigung wäre sehr ungelegen gekommen.

— Wie man aus Ledenz, Bezirk Lischau (Böhmen), meldet, sind 9 Kinder, welche aus dem Dorfe Zaln nach Ledenz zur Schule gingen, bei einer Kapelle, bei der sie rasten wollten, in Folge der strengen Kälte erfroren. Man fand die armen Kleinen, welche sich umschlungen hielten, tot.

— Aus dem Dorfe Lautrach bei Bregenz schreibt man der „Felds. Ztg.“ am 18. Jänner: „Ein gewisser R., Bauer, jagte Sonntag Abends seine Frau und Kinder aus dem Hause. Seinem Nachbar, der die Ausgetriebenen in's Haus aufnahm, erschoss er gestern seinen Hund, worauf ersterer die Anzeige bei der Behörde machte. Als ein Gendarm zur zwangswise Vorführung des Gassers in der Nähe seines Hauses erschien, schoß er denselben eine Kugel durch den Kopf; ein zweiter Gendarm erhielt durch zwei Schüsse zwei schwere Wunden in Kopf und Genick. Ein Bederndhändler durch einen Schuß in den Kopf getötet sei. Allgemeine Bestürzung herrschte begreiflicherweise in der Umgebung, die Bregenzer Feuerwehr versammelte sich und fuhr nach der Stätte des Unglücks, wohin auch ich mich begab. Als ich in die Nähe kam, hörte ich ununterbrochen schießen. Gendarmen, Finanzwächter, Bauern schossen in das Haus des Mörders, der mit 6 bis 7 Gewehren und reicher Munition versehen gewesen sein soll, und herausgeschoss. Kaum 5 Minuten dort, sah ich, wie der Schneidermeister Keil einen Schuß durch die Schulter erhielt. Abends war man des Verbrechers noch nicht habhaft geworden. Die Spritzen stehen am Platze, weil man fürchtet, der Wütende werde zuletzt noch Feuer legen.“ Zur Ergänzung dieses Berichtes fügt die „Felds. Ztg.“ bei, daß am 19. die in Hörbranz befindlichen Kanonen zur Stelle geschafft und acht Schüsse auf das Haus abgefeuert wurden. Um Mittag wurde die Bebauung gestürmt. Zwei ehemalige Kaiserjäger, Fröwis und Ibele aus Bregenz, und Siegwein von der Finanzwache, drangen zuerst ein. Den verbrecherischen Vertheidiger fand man kraftlos unter der Stiege, da er sich die Adern geöffnet. Sein Bett war voll Blut. Gegen 6 Uhr Abends wurde er in die Frohneste nach Bregenz gebracht. Im Laufe der Affaire wurde auch noch ein Finanzwachmann verwundet.

— Von Sebastopol kommen interessante Details über das Heben der Schiffe der im Krimkriege versunkenen russischen Kriegsschiffe. Gehoben wären danach die Korvette „Pisad“, die Fregatte „Flora“, die Linienschiffe „Gavril“ und „Silichia“ und  $\frac{3}{4}$  des Linienschiffes „Barwa“. Vom Linienschiff „Ariel“ sind zwei Decks abgehoben. Das Linienschiff „Zwölft Apostel“ ist durch Sprengung mitten durchgerissen und wird erst im Sommer d. J. gehoben; ebenso das Linienschiff „Tchesme“. Vom Linienschiff „Sebastopol“ ist das Deck abgehoben, von „Kaisserin Marie“ ebenfalls, und  $\frac{3}{4}$  vom „Iagudil“ gereinigt. Von der Fregatte „Kagul“ sind die Decks abgenommen und die Ketten untergelegt. In Angriff zur Hebung sollen genommen werden: die Linienschiffe „Tri-Swiatitel“ und „Selasoil“, die Fregatte „Sisopol“, das Linienschiff „Rostislaw“, die Fregatten „Midia“ und „Mesevioria“, die Linienschiffe „Chrabri“, „Paris“ und „Konstantin“. Die Hebung wird von amerikanischen Ingenieuren geleitet.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

**München**, 26. Jänner. Die holstein'sche Landesdeputation ist heute 1 Uhr Morgens hier eingetroffen. Sie wurde herzlich empfangen und vom Bürgermeister Wider im Namen der Residenzstadt begrüßt. Medicus, Ausschußvorstand des Vereins für Holstein, brachte ein Hoch auf Schleswig-Holstein aus. Die Gesangsvereine sangen das Schleswig-

Holstein-Lied. Wiggers hielt eine treffliche Rede und brachte ein Hoch auf König Max aus, das mit ungemeiner Jubel aufgenommen wurde.

**München**, 26. Jänner. Die von der holstein'schen Landesdeputation an den König Abgeordneten wurden von Sr. Majestät sehr huldvoll empfangen. Die Versicherungen, welche der König ertheilte, haben die vollste Zufriedenheit erregt. Die Gesamtdeputation hat die Abgeordneten begleitet und sich vor der Residenz aufgestellt. Nach halbstündiger Audienz zeigte sich der König am Fenster und wurde von der Gesamtdeputation mit Jubel empfangen.

**Dresden**, 26. Jänner. Das heutige „Dresdner Journal“ dementirt die Nachricht der Wiener „Presse“ von einem angeblichen Kompromisse des Ministers Beust in der schleswig-holstein'schen Sache; Herr von Beust habe weder diesen, noch einen anderen Kompromiß vorgeschlagen.

**Berlin**, 25. Jänner (Abends). Das erste Bataillon des Regiments König der Belgier ist von Sr. Majestät dem Könige besichtigt und mit einer höchst gnädigen Ansprache beeckt worden, welche einen erhebenden Eindruck auf Offiziere und Mannschaft machte.

Sowohl die Offiziere als die Mannschaft wurde von dem patriotischen Verein auf das glänzendste bewirthet.

**Berlin**, 26. Jänner (Abends). Bei der gestern am Hamburger Bahnhofe erfolgten Besichtigung des durchmarschrenden ersten Bataillons des L. F. österreichen Infanterieregiments König Leopold von Belgien sagte Se. Majestät der König zu den Kaisers. Offizieren ungesähr Folgendes:

„Ich freue mich, daß kurz nach dem fünfzigjährigen Jubiläum eines Krieges, wo die österreichischen und preußischen Truppen vereint, ruhmreich kämpften, dasjenige Regiment das erste durchmarschirende ist, das sich bei Solferino auf's Tapferste bewährt hat. Mögen die Wünsche, die Ihr Kaiser beim Abmarsche der Truppen aussprach, in vollem Masse in Erfüllung gehen.“

Hierauf sagte der König zum Obersten (Herzog von Württemberg):

„Ich freue mich, daß an der Spitze des tapferen Regiments Eu. Hoheit stehen, der Sie sich stets ruhmvürdigst bewährt haben. Reisen Sie mit Gott.“

**Hamburg**, 25. Jänner. Den „Hamburger Nachrichten“ ist eine scharfe offiziöse Widerlegung der in der letzten Murray'schen Note enthaltenen Behauptungen und den Bundeskommissären gemachten Vorwürfe zugegangen, andeutend, die Kommissäre würden letztere zum Gegenstand einer energischen Klageführung in Frankfurt machen.

**Hamburg**, 26. Jänner (Mittags). Nebelig. Südwestwind. Bei Blankenese starke Versuche zur Sprengung des Eisens. Die Eisdecke der Nordsee an den Küsten Schleswigs ist schwach.

**Kiel**, 26. Jänner (Mittags). Von unterrichteter Seite wird mitgetheilt, daß die Bundeskommissäre die holstein'schen Stände einberufen wollen.

## Markt- und Geschäftsbericht.

**Laibach**, 27. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 96 Wagen und 7 Schiffe mit Holz, und 5 Mezen Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. — (Magazins-Preis fl. 5.75); Korn fl. — (Mdg. Pr. fl. 3.50); Gerste fl. — (Mdg. Pr. fl. 3.6); Hafer fl. — (Mdg. Pr. fl. 2.36); Halbfrucht fl. — (Mdg. Pr. fl. 3.93); Heiden fl. — (Mdg. Pr. fl. 2.57); Hirse fl. — (Mdg. Pr. fl. 2.98); Kukuruß fl. — (Mdg. Pr. fl. 3.61); Linsen fl. 4.20 (Mdg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4.50 (Mdg. Pr. fl. —); Rindfleischpr. Pfund fr. 55, Schweineschmalz fr. 37; Speck, frisch fr. 23, detto geräuchert fr. 39; Butter fr. 50; Eier pr. Stück fr. 2½; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 18—22, Kalbfleisch fr. 21, Schweinefleisch fr. 21, Schöpfnfleisch fr. —; Hähnchen pr. Stück fr. 30, Tauben fr. 15; Huhn pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.40, Stroh fr. 70—90; Holz hartes 30", pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mdg. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer fl. 10 bis 15.

## Theater.

Heute Donnerstag: Benefice des Hrn. Lucke: Theatralischer Unfall. Singspiel in 4 Vorstellungen, von Morländer.

Morgen Freitag: Eine kleine Erzählung ohne Namen. Das war ich! Operette in 1 Akt.

# Börsenbericht.

Wien,  
den 26. Jänner

Die Börse eröffnete und verließ bei geringem Umsaße etwas matter als gestern, ohne daß in den Kursen der meisten Papiere nennenswerte Aenderungen vorgekommen wären; nur 1860er-Lose büßten vier Schmäle, Kredit-Aktien  $1\frac{1}{2}$  fl., Elisabeth-Westbahn- und Karl Ludwigsbahn-Aktien 1 fl. ein. Wechsel auf fremde Blöcke und Goldsorten anfangs steif gehalten, waren am Schluß ausgeboten, und stellten sich im Preise nahezu wie gestern. Gold im Gekompte am Schluß nicht so flüssig als anfangs, im

## Öffentliche Schuld.

	Geld	Waare	Geld	Waare
A. des Staates (für 100 fl.)	5 %	91.—	G. u. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.	
In österr. Währung . . . . .	67.70	67.80	G. M. . . . .	195.50 195.75
5% Anl. v. 1861 mit Rücks.%, 96.50	97.—		D. Don.-Dampfssch.-Ges. . . . .	429.— 430.—
ohne Abschnitt 1862 7% . . . . .	95.—	95.25	Österreich. Lloyd in Triest . . . . .	226.— 228.—
National-Anlehen mit			Wien Dampfssch.-Ges. . . . .	440.— 450.—
Jänner-Coupons . . . . .	5 %	80.15	Pester Kettenbrücke . . . . .	392.— 394.—
National-Anlehen mit			Wöhnm. Westbahn zu 200 fl. . . . .	153.50 154.—
April-Coupons . . . . .	5 "	80.15	Österr. Eisenbahn zu 200 fl. G. M.	
Metalliques . . . . .	5 "	72.15	m 140 fl. (70%) Einzahlung . . . . .	147 — — —
detto mit Mai-Coup. . . . .	5 "	72.25	Pfandbriefe (für 100 fl.)	
detto . . . . .	4%	63.75	Nationalbank 10jährl. v. B.	
mit Verlosung v. Jahre 1839 141.50	142.—		bau auf . . . . .	5 % 101.75 102.25
" 1854 90.50	91.—		G. M. verlobbar . . . . .	90.35 90.55
" 1860 zu 500 fl.	93.05	93.19	Nationalbank auf d. B. verlost . . . . .	86.25 86.35
Como-Rentensch. zu 100 fl. . . . .	93.20	93.30	Ungarische Boden-Credit-Austalt	
B. der Kronländer (für 100 fl.)	18.25	18.75	zu 5½ % . . . . .	88.50 88.75
Grundentlastungs-Obligationen.			K. k. Eisenbahn zu 200 fl. G. M.	
Niederösterreich . . . . .	zu 5%	87.50	oder 500 Fr. . . . .	189.25 189.75
Ob.-West. und Salzb. zu 5%	84.25	84.75	Kais. Ost.-Bahn zu 200 fl. G. M. . . . .	135.— 136.—

Effekten- und Wechsel-Kurse  
an der I. k. öffentlichen Börse in Wien  
den 27. Jänner 1864.

5% Metalliques	72.40	1860-er Anleihe	93.10
5% Nat.-Anleh.	80.20	Silber . . . . .	119.75
Bauaktien . . . . .	780.—	London . . . . .	119.75
Kreditaktien . . . . .	180.60	K. k. Dukaten . . . . .	5.75

## Fremden - Anzeige.

Den 26. Jänner.

### Stadt Wien.

Die Herren: Baron Silbernagl, Werkebesitzer, von Terlach. — Hutter, Privat, von Gottschee. — Berger, Montan-Direktor, von Toplitz. — Lenassi und Tripp, Handelsleute, von Götz.

### Elephant.

Die Herren: Altmann, Geschäftsmann, von Nann. — Dollenz, Gütsbeijer und Fabbri, Kaufmann, von Triest. — Stubenwoll von Mariendorf. — Diethrich, Realitätenbesitzer, von Adelsberg. — Larbauer, Med. Doktor, von Sachsenfeld. — Moll, Kaufmann; Drusano, Geschäftsmittler und Berenger, Maschineninspektor, von Wien.

### Baierischer Hof.

Die Herren: Bust und Kotiba, Handelsleute, von Warasdin. — Novak, Realitätenbesitzer, von Egg.

### Mohren.

Herr Glaser, Geschäftsagent, von Nann.

(157—1)

Nr. 3004.

## Edikt.

Von dem I. k. Bezirksamt Senosetsch, als Gericht, wird hiermit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Matthaüs Premron jun. von Groß-Ubelsku gegen Johann Turk von Klein-Ubelsku wegen, aus dem gerichtlichen Vergleiche vom 26. Oktober 1863, Z. 2631, schuldiger 50 fl. ö. W. c. s. c., in die executive öffentliche Versteigerung der, dem Legtern gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Präwald sub Urb.-Nr. 38 vorkommenden Realitäten im gerichtlich erhobenen Schätzungsverthe von 3102 fl. ö. W. gewilligt, und zur Vornahme derselben die erste Teilstückungstagezung auf den

8. Februar,

die zweite auf den 11. März und

die dritte auf den

14. April 1864,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, hiermit mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Teilstückung auch unter dem Schätzungsverthe an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextract und die Lizitationsbedingnisse können bei diesem Gericht in den gewöhnlichen Amtsständen eingesehen werden.

I. k. Bezirksamt Senosetsch, als Gericht, am 23. Oktober 1863.

(160) Nr. 2774.

## Edikt.

Von dem I. k. Bezirksamt Senosetsch, als Gericht, werden die unbekannt wo befindlichen Joseph Tupp von Gorzhoresz, Urjala Sotlar und Jakob

	Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare
Steiermark . . . . .	5 "	87.50	G. M. . . . .	195.50 195.75	Patay . . . . .	zu 40 fl. G. M. . . . .
Kärntn., Krain u. Küst. . . . .	5 "	87.—	D. Don.-Dampfssch.-Ges. . . . .	429.— 430.—	Clary . . . . .	40 " " " . . . . .
Mähren u. Schlesien . . . . .	5 "	88.50	Österreich. Lloyd in Triest . . . . .	226.— 228.—	St. Genes . . . . .	40 " " " . . . . .
Ungarn . . . . .	5 "	74.—	Wien Dampfssch.-Ges. . . . .	440.— 450.—	Windischgrätz . . . . .	20 " " " . . . . .
Dem. Ban., Kro. u. Slav. . . . .	5 "	72.—	Pester Kettenbrücke . . . . .	392.— 394.—	Waldstein . . . . .	20 " " " . . . . .
Galizien . . . . .	5 "	71.75	Wöhnm. Westbahn zu 200 fl. . . . .	153.50 154.—	Reglitz . . . . .	10 " " " . . . . .
Siebenb. u. Buzow . . . . .	5 "	72.—	Österr. Eisenbahn zu 200 fl. G. M.		Wechsel . . . . .	
m. d. Verl.-Gt. 1867 . . . . .	5 "	71.—	m 140 fl. (70%) Einzahlung . . . . .	147 — — —	3 Monate . . . . .	
Venetianisches Anl. 1859 . . . . .	5 "	93.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)		Geld Waare	
			Nationalbank 10jährl. v. B.		Augsburg für 100 fl. füdd. B. . . . .	102.75 103.—
			bau auf . . . . .	5 % 101.75 102.25	Frankfurt a. M. . . . .	103.— 103.25
			G. M. verlobbar . . . . .	90.35 90.55	Hamburg für 100 Mark Banko . . . . .	91.50 91.75
			Nationalbank auf d. B. verlost . . . . .	86.25 86.35	London für 10 Pf. Sterling . . . . .	120.— 120.20
			zu 5½ % . . . . .	88.50 88.75	Paris für 100 Franks . . . . .	47.50 47.60

Stegu von Senosetsch, durch den aufzustellenden Curator Herrn Karl Demischer hiermit erinnert:

Es habe Helena Sotlar von Senosetsch wider dieselben die Klage auf Amortisirung mehrerer Sachposten sub praes. 6. Oktober 1863, Z. 2774, hieramts eingebracht, worüber zur ordentlichen Verhandlung die Tagsatzung auf den

10. Februar 1864,

früh 9 Uhr, mit dem Anhange des §. 29 a. G. O. hiermit angeordnet, und den Geplagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes hr. Karl Demischer von Senosetsch als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständiget, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen haben, widrigens diese Rechtsache mit dem aufgestellten Curator verbündet werden wird.

K. k. Bezirksamt Senosetsch, als Gericht, am 2. November 1863.

(161—1) Nr. 3713.

## Edikt.

Von dem I. k. Bezirksamt Senosetsch, als Gericht, wird hiermit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen der Maria Tomisch von Dorn, Bezirk Adelsberg, gegen Johann Baiz von Präwald wegen, aus dem gerichtlichen Vergleiche vom 6. August 1858, Z. 2864, schuldiger 445 fl. 20 kr. öst. W. c. s. c., in die executive öffentliche Versteigerung der, dem Legtern gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Präwald sub Urb.-Nr. 38 vorkommenden Realitäten im gerichtlich erhobenen Schätzungsverthe von 3102 fl. ö. W. gewilligt, und zur Vornahme derselben die erste Teilstückungstagezung auf den

8. Februar,

die zweite auf den

11. März und

die dritte auf den

13. April 1. J.

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, hiermit mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Realität nur bei der letzten Teilstückung auch unter dem Schätzungsverthe an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextract und die Lizitationsbedingnisse können bei diesem Gericht in den gewöhnlichen Amtsständen eingesehen werden.

I. k. Bezirksamt Senosetsch, als Gericht, am 3. Jänner 1864.

(169—1) Nr. 189.

## Edikt.

Mit Bezug auf das Edikt vom 20. November 1863, Z. 4199, wird am

15. Februar d. J.

die II. Teilstückung der Realität des Anton Preiner von Pogelschitz C.-Nr. 30 statt-

finden.

K. k. Bezirksamt Radmannsdorf, als Gericht, am 16. Jänner 1864.

Hiezu ein halber Bogen Amts- und Intelligenzblatt.

	Geld	Waare	Geld	Waare
G. M. . . . .	195.50	195.75	Patay . . . . .	zu 40 fl. G. M. . . . .
D. Don.-Dampfssch.-Ges. . . . .	429.—	430.—	Clary . . . . .	40 " " " . . . . .
Österreich. Lloyd in Triest . . . . .	226.—	228.—	St. Genes . . . . .	40 " " " . . . . .
Wien Dampfssch.-Ges. . . . .	440.—	450.—	Windischgrätz . . . . .	20 " " " . . . . .
Pester Kettenbrücke . . . . .	392.—	394.—	Waldstein . . . . .	20 " " " . . . . .
Wöhnm. Westbahn zu 200 fl. . . . .	153.50	154.—	Reglitz . . . . .	15.— 15.50
m 140 fl. (70%) Einzahlung . . . . .	147	— — —	Wechsel . . . . .	
Pfandbriefe (für 100 fl.)			3 Monate . . . . .	

	Geld	Waare	Geld	Waare
Nationalbank 10jährl. v. B.			Augsburg für 100 fl. füdd. B. . . . .	102.75 103.—
bau auf . . . . .	5 %	101.75 102.25	Frankfurt a. M. . . . .	103.— 103.25
G. M. verlobbar . . . . .	90.35	90.55	Hamburg für 100 Mark Banko . . . . .	91.50 91.